



**Gefährliche Geleise.** Letztes Jahr warfen sich in der Schweiz 230 Menschen unter einen Zug. 140 starben dabei. Foto Keystone

# Die Bundesbahnen und der Tod

SBB-Chef Meyer redet öffentlich über Schienensuizide – eine Premiere mit Hintergedanken

Von Martin Furrer, Bern

Am Mittwochmorgen, pünktlich um zehn, startet SBB-Chef Andreas Meyer am Hauptsitz der Schweizerischen Bundesbahnen in Bern-Wankdorf zu einer Reise, die er in dieser Form noch nie unternommen hat. Die Reise scheint nicht ungefährlich. Denn Meyer bewegt sich auf wackligen Geleisen: Der Konzernchef lädt zu einer Tagung über ein Thema, das die SBB amtlich nüchtern «Schienensuizid» nennen.

Es geht um die Tatsache, dass sich hierzulande Jahr für Jahr immer wieder Menschen vor einen heranrasenden SBB-Zug werfen, um ihrem Leben ein Ende zu bereiten. 2014 waren es 230 Personen, 140 starben dabei, 90 überlebten, zum Teil für immer invalid.

Dass die Reise heikel sei, betont Meyer zu Beginn des Anlasses selber frank und frei. Er lässt an diesem Mittwoch seine Mitarbeiter mit externen Fachleuten die Frage diskutieren: Wie können die SBB Suizide auf ihrem Netz verhindern? Diese Diskussion findet erstmals in der Geschichte des Unternehmens im Beisein der Medien statt, von der Deutschen ARD über die NZZ bis zum Fachblatt *Eisenbahn-Revue*.

Genau hier liegt auch das Riskante an Meyers Unternehmung: Jede Berichterstattung über Suizide könnte Nachahmer auf den Plan rufen. Am besten für die SBB wäre es wohl, Suizide

würden von den Zeitungen totgeschwiegen; so kämen vielleicht ein paar weniger auf die Idee, ihr Leben ebenfalls am Bahndamm zu beenden. «Ich habe mich gefragt», sagt Meyer, «ob es sinnvoll sei, das Thema mit den Medien zu besprechen. Ich bin auch unsicher, ob ich nachher noch vor den Fernsehkameras Interviews geben soll. Ich habe mich aber entschieden, dieses Risiko einzugehen.»

## «Kein schöner Anblick»

Jetzt steigt Hans Vogt als Passagier zu Meyer, Leiter der SBB-Abteilung Sicherheit und Qualität. Er sagt: «Unser Streckennetz umfasst 3000 Kilometer, es ist für Dritte praktisch überall frei zugänglich. Natürlich kann ein Lokführer bremsen, wenn jemand vor ihm auftaucht, aber trotzdem ist er meist machtlos. Wir wollen darum an der Wurzel des Problems ansetzen.»

Vogt redet von geplanten baulichen Hindernissen, er sagt auch: «Bis 2016 werden wir 10 000 Mitarbeiter so ausbilden, dass sie den Mut haben, offensichtlich Lebensmüde von ihrem Tun abzuhalten, wenn sie ihnen im Bahnhof auffallen.»

Nun stösst Nadine Inderbitzin dazu, Leiterin der SBB-Sektion Intervention. Die Bahn spreche gegenüber Kunden von «Personenunfällen», referiert sie, denn «es ist nicht unsere Aufgabe, zu beurteilen, ob jemand absichtlich auf

Gleis gesprungen ist, das ist Sache der Behörden». Sie sagt: «Jedenfalls ist es kein schöner Anblick, so ein Personenunfall», dann redet sie von «optimaler Ereignisbewältigung», von «Störfallmanagement» und vom Bemühen der SBB, möglichst rasch die «Rückführung in einen geordneten Zustand» anzustreben.

Es gesellt sich Thomas Reisch zur Runde, Arzt im Psychiatriezentrum Münsingen und Suizidforscher. Die Golden Gate Bridge bei San Francisco sei der attraktivste Ort für Selbstmörder, sagt er, hier sprängen weltweit am meisten Menschen in den Tod. Wer aber zurückgehalten werde, von Mitmenschen oder von technischen Hindernissen wie etwa Netzen, versuche es meist kein zweites Mal: «Suizidprävention durch Methodenreduktion rettet Leben.»

## «Gefährlich sind Details»

Prävention – der Begriff taucht jetzt immer öfter auf während dieser Reise, die um die Bundesbahnen und den Tod kreist. «Sicherheit ist unser Konzernziel», hat Meyer zu Beginn der Veranstaltung gesagt, «Prävention kann das Grösste verhindern.» Auch Konrad Michel spricht von Prävention: Der Psychiatrie-Facharzt hat die Rolle der Medien bei Suiziden untersucht. Er berichtet vom Werther-Effekt: Als 1774 Goethes Roman «Die Leiden des jungen

Werther» publiziert wurde, dessen Hauptfigur sich mit einer Pistole erschoss, nahmen Selbstmorde in Deutschland zu. Nachdem sich 2009 der deutsche Fussballgoalie Robert Enke unter einen Zug geworfen hatte und die Medien während Tagen darüber lamentierten, stieg die Zahl der Suizide.

«Medienberichte über Suizide haben Suizide zur Folge», schlussfolgert Michel, «gefährlich sind vor allem Details zur Person, zum Ort und zur Methode». Abschreckend seien, wenn überhaupt, am ehesten noch Artikel zum Thema Suizid-Prävention.

## «Soll ich Statements abgeben?»

Meyers Reise – ist sie also doch nicht so riskant wie anfangs vermutet, sondern vielmehr raffiniert inszeniert mit dem Ziel, eine Botschaft zu platzieren? Nochmals kokettiert er: «Soll ich Live-Statements abgeben? Ich bin ambivalent.» Michel empfiehlt: «Tun Sie es, sonst würde das als Tabuisierung ausgelegt.» Die Strategie hat Erfolg, am Nachmittag verbreiten Online-Medien schon Good News: «SBB ergreifen Massnahmen gegen Selbstmörder», heisst es, und «Die SBB kämpfen gegen Suizide».

Die Seele des Menschen, hat Meyer am Vormittag gesagt, «ist unergründlich». Die Absicht der Veranstaltung zumindest ist jetzt aber durchschaut: Tue Gutes – und rede darüber.

## Nachrichten

### 129 Millionen für Genfer Zentren gutgeheissen

**Bern.** Der Bund soll drei Genfer Zentren für Sicherheits- und Friedenspolitik auch in den nächsten Jahren unterstützen. Der Nationalrat hat gestern als Erstrat einen Rahmenkredit von 129 Millionen Franken für den Zeitraum 2016–2019 gutgeheissen. Unterstützt werden das Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik (GCSP), das Genfer internationale Zentrum für humanitäre Minenräumung (GICHD) und das Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte (DCAF). Es handelt sich um Stiftungen mit internationaler Trägerschaft, die von der Schweiz gegründet wurden. SDA

### Nationalrat lehnt Ausbau des Aussennetzes ab

**Bern.** Der Nationalrat will das Aussennetz der Schweiz nicht ausbauen. Er hat eine Motion seiner Aussenpolitischen Kommission (APK) abgelehnt, welche die Ressourcen des Aussendepartements für diese Aufgabe aufstocken wollte. Das Aussennetz umfasst rund 200 Vertretungen. Dazu zählen neben Botschaften und Konsulaten auch Kooperationsbüros der Entwicklungszusammenarbeit, Swiss Business Hubs oder Pro-Helvetia-Büros. SDA

### Illegale Einwanderungen nehmen sprunghaft zu

**Bellinzona.** An der Südgrenze nimmt die Zahl illegaler Einwanderer sprunghaft zu. 240 Menschen haben in der vergangenen Woche versucht, aus Italien illegal in die Schweiz einzuwandern. In den Wochen zuvor waren es im Schnitt nur 70 gewesen. Die Grenzschachen wurden im Tessin in den vergangenen Tagen verstärkt. Seit Neustem reisen viele über regionale Buslinien ein. Wie die Grenzschache mitteilt, sei früher die Einwanderung fast ausschliesslich in Zügen erfolgt. SDA

### Wiler SVP-Fraktion schliesst Bösch aus

**Wil (SG).** Die SVP-Fraktion des Wiler Stadtparlaments hat die 33-jährige Sarah Bösch ausgeschlossen. Der Entscheid fiel am Dienstagabend einstimmig, wie die Fraktion mitteilte. Bösch habe kurz davor selber ihren Austritt erklärt. Grund für den Ausschluss seien «Vorkommnisse der vergangenen Wochen, insbesondere die nicht eingehaltenen Zusagen und Auflagen». Bösch wurde im April von der Polizei mit über 0,8 Promille am Steuer erwischt. Auf dem Weg zur Blutentnahme im Spital kommentierte sie auf Facebook: «Werde von Polizisten begleitet wie ein Sträfling. Unglaublich, bin geschockt! Krasse Bürokratie.» SDA

## Nationalrätin Markwalder fällt auf einen Kasachstan-Deal rein

Agentur stellte 7000 Franken für eine Interpellation in Rechnung

**Bern.** Über 7000 Franken erhielt die PR-Agentur Burson-Marsteller für die Erfüllung ihres Auftrages: Die Berner FDP-Nationalrätin Christa Markwalder reichte vergangenen Juni eine Interpellation ein, mit der sie vom Bundesrat wissen wollte, inwiefern die Schweiz den Demokratisierungsprozess in Kasachstan unterstützen könne. Dies veröffentlichte die NZZ in ihrer Ausgabe von gestern.

Markwalder wollte in der Interpellation wissen, wie weit und mit welchen Massnahmen sich die Schweiz für die Entwicklung der demokratischen Institutionen in Kasachstan einsetze und wie und auf welchen Kanälen der bilaterale Dialog geführt werde. Sie stellte auch die Frage nach dem Stand des Verfahrens gegen den ehemaligen Spitzenpolitiker Viktor Khrapunov, der seit 2007 in Genf lebt. Ihm wird in Kasachstan vorgeworfen, Geld gewaschen zu haben – er behauptet hingegen, Opfer einer Kampagne des kasachischen Diktators Nasarbajew zu sein. Khrapunov hat von Genf aus die Zustände in Kasachstan angeprangert und wird von der dortigen Justiz gesucht.

Hinter dem Auftrag an die Agentur steckt laut NZZ Asat Peruaschew, der Parteichef von Ak Schol, die als Regierungsnah gilt, auch wenn sie sich im Westen gerne als Oppositionspartei darstellt. Offenbar hat Peruaschew selbst am Interpellationstext mitgearbeitet. Der NZZ sagte Christa Markwalder, sie sei «geschockt». Die Kommunikationsagentur habe den Prozess und die Bezahlung ihr gegenüber nicht transparent gemacht.

Bereits im Januar dieses Jahres hatte der ehemalige Botschafter Thomas Borer mit seinen Beziehungen zu Kasachstan für Aufsehen gesorgt. Ihm wurde der Vorwurf gemacht, er habe der kasachischen Regierung vertrauliche Informationen aus der Bundesanwaltschaft (BA) in Aussicht gestellt. Die BA klärte daraufhin die Vorwürfe ab, fand jedoch keine Anzeichen eines Lecks. Wegen des Medienechos leitete sie die Sache aber an die Aufsichtsbehörde weiter. Am 23. Januar wurde bekannt, dass Kasachstan auf die Auslieferung seines früheren Ministers Viktor Khrapunov verzichtet und stattdessen den Weg einer Strafverfolgung einschlägt. vj

## Diskussion erst nach erster Etappe

Nationalrat verschiebt Debatte über Stromeffizienz-Initiative

**Bern.** Der Nationalrat will erst dann über die Stromeffizienz-Initiative diskutieren, wenn die erste Etappe der Energiestrategie 2050 unter Dach und Fach ist. Nach Ansicht der Mehrheit kann keine Abstimmungsempfehlung zur Initiative gefasst werden, wenn der Inhalt der Strategie nicht bekannt ist.

Wie das Volksbegehren enthält nämlich auch die Energiestrategie 2050 Effizienzziele: Bis ins Jahr 2035 soll der Stromverbrauch pro Kopf um 13 Prozent gegenüber dem Jahr 2000 reduziert werden. Der Nationalrat hatte diesen Richtwert abgesegnet, die Debatte im Ständerat steht noch aus. In dessen Kommission sind die Ziele respektive die Anreize, um diese zu erreichen, umstritten. Vor diesem Hintergrund hat eine Kommissionsminderheit aus Vertretern von CVP, SP, GLP und Grünen sowie der Zürcher FDP-Nationalrat Ruedi Noser als Präsident des Initiativkomitees eine Verlängerung der Behandlungsfrist verlangt, um die beiden Geschäfte koordinieren zu können.

Es gebe zwei parallel laufende Projekte zur gleichen Fragestellung, sagte Stefan Müller-Altermatt (CVP, SO). Wenn das Volk zur Urne gerufen werde,

habe es ein Anrecht zu wissen, was das Parlament in der gleichen Sache entschieden habe. Zudem könne mit dem Aufschub eine unnötige Initiative verhindert werden. Heute sei es den Initianten aber noch nicht möglich, über einen Rückzug zu entscheiden.

Ins gleich Horn stiessen die Fraktionssprecher von SP, Grünen, CVP, BDP und GLP. Es gehe um Respekt gegenüber dem Volk, das man nicht unnötig bemühen wolle, sagte Karl Vogler (CVP, OW). Eine Fristverlängerung sei logisch, es sei denn, man wolle die Energiewende mit allen Mitteln blockieren, sagte Martin Bäumle (GLP, ZH).

## Von Traktandenliste gestrichen

Kommissionssprecher Christian Wasserfallen (FDP, BE) warnte vor einer Ungleichbehandlung, da auch anderen Initiativen zum Thema Energie kein indirekter Gegenvorschlag gegenübergestellt worden sei. Die FDP will die Initiative ohnehin ablehnen. Darum könne diese auch heute schon beraten werden, erklärte Fraktionssprecher Peter Schilliger (LU). Auch SVP-Sprecher Felix Müri (LU) sah «keine inhaltlichen Gründe für eine Verschiebung, nur strategische».

Die Gegner setzten sich nicht durch: Der Nationalrat stimmte der Fristverlängerung mit 103 zu 82 Stimmen bei drei Enthaltungen zu.

Aufgrund eines Ordnungsantrags von Urs Gasche (BDP, BE), den der Nationalrat am Vortag angenommen hat, wird die Initiative nun von der Traktandenliste der Sondersession gestrichen. Das Geschäft kommt damit voraussichtlich erst 2016 in den Rat, wenn die Beratung über die erste Etappe der Energiestrategie 2050 abgeschlossen ist. Die Behandlungsfrist läuft Mitte November 2016 aus.

Hinter der Initiative «Für eine sichere und wirtschaftliche Stromversorgung» steht ein breit aufgestelltes Komitee. Darin sind Umweltorganisationen, Fachverbände, Grüne, Grünliberale und SP vertreten, aber auch SVP, FDP, CVP, BDP und EVP. Bei allen umweltpolitischen Differenzen sind die Initianten doch alle der Meinung, dass die beste Kilowattstunde jene ist, die nicht verbraucht wird. Sie wollen dem Bund darum die Kompetenz geben, Ziele für die Verbesserung der Stromeffizienz vorzugeben. Bis 2035 soll der Stromverbrauch auf dem Niveau des Jahres 2011 stabilisiert werden. SDA